



Finanzen

Kindergeld steigt um zwei Euro

Minister Schäuble will in den nächsten beiden Jahren auch Freibeträge schrittweise erhöhen.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) will in den nächsten beiden Jahren Inflationsgewinne des Fiskus an die Steuerzahler zurückgeben. Dafür plant er, das steuerfreie Existenzminimum anzuheben. Das geht aus einem Gesetzentwurf hervor, den das Bundeskabinett in den kommenden Wochen beschließen wird. Danach steigt der Grundfreibetrag von derzeit 8652 Euro für 2017 um 170 Euro, ein Jahr später um weitere 200 Euro. Damit soll gewährleistet sein, dass auch künftig niemand Lebensnotwendiges wie Nahrung, Wohnung oder Kleidung aus versteuertem Einkommen zahlen muss. Der Kinderfreibetrag, der dasselbe Ziel verfolgt und derzeit bei 7248 Euro liegt, wird im ersten Schritt um 110 Euro, im zweiten um 100 Euro erhöht. Parallel dazu will

die Bundesregierung das Kindergeld um zwei Euro pro Kind anheben, damit auch Geringverdiener profitieren. Um die sogenannte kalte Progression zu bekämpfen, sollen für alle Steuersätze die Einkommensgrenzen steigen. 2017 werden sie um 0,7 Prozent angehoben, 2018 noch einmal um rund 1,5 Prozent. Das Steuerentlastungspaket hat ein Volumen von rund sechs Milliarden Euro. Alle zwei Jahre muss Schäuble die Zahlen in den Steuergesetzen an die Inflation anpassen, weil mit höheren Preisen und Löhnen die Steuereinnahmen automatisch steigen. Die unerwartet hohe Entlastung soll keine Auswirkung haben auf die geplante Steuerreform in der nächsten Wahlperiode. Dafür sieht Schäuble ein Finanzvolumen von zusätzlich 15 Milliarden Euro vor. rei

CDU-Rentenkonzept Länger leben, länger arbeiten

Die CDU liebäugelt mit einem höheren Renteneintrittsalter. Das geht aus einem Rentenkonzept hervor, das eine Arbeitsgruppe der Partei beschlossen hat. Die Sozialexperten erwägen, die Altersgrenze künftig automatisch an die steigende Lebenserwartung zu koppeln. „Eine regelhafte Anpassung des Renteneintrittsalters über 2030 hinaus ist mit Bedacht zu prüfen“, heißt es in dem Papier. Es dient der Vorbereitung des Parteitags im

Dezember. Nach geltender Rechtslage steigt die Altersgrenze bis 2029 auf 67 Jahre. Die Experten sprechen sich zudem dafür aus, auch für die Zeit nach 2030 ein Mindestrentenniveau zuzusichern; die jetzt gültige Regelung läuft dann aus. Wer ein Leben lang gearbeitet habe, müsse eine Rente „über dem Grundsicherungsniveau“ erhalten. Auf eine konkrete Zahl legt sich die Arbeitsgruppe jedoch nicht fest. Für Selbstständige, die nicht anderweitig abgesichert sind, will die CDU künftig eine „Altersvorsorgepflicht“ einführen. cos

Asylanträge Wir schaffen das – nicht so schnell

Ein Jahr nach Angela Merks Satz „Wir schaffen das“ warten rund 90 000 Flüchtlinge immer noch darauf, in Deutschland einen Asylantrag stellen zu können. Das geht aus einem internen Papier des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge von Ende August hervor. Die Anträge würden voraussichtlich noch im September angenommen, heißt es in der Dienstanweisung. Danach sollen die Mitarbeiter ihre ganze Kraft darauf verwenden, die

inzwischen mehr als 567 000 offenen Asylverfahren abzuschließen. In diesem Jahr wird dies allerdings nicht mehr gelingen: Der Leiter des Amts, Frank-Jürgen Weise, räumte zuletzt ein, dass es bis Mitte 2017 dauern werde. Das Bundesamt hat seine Bearbeitungszeiten für neue Anträge inzwischen deutlich verbessert, seit April braucht es dafür im Schnitt nur noch 1,3 Monate. Die zahlreichen komplizierten Altfälle aber bereiten solche Probleme, dass die durchschnittliche Bearbeitungszeit für alle Anträge im zweiten Quartal bei über sieben Monaten lag. wow